

Hersteller klagen gegen Festbeträge für ACE-Hemmer

BONN. Zehn Pharmaunternehmen haben beim Sozialgericht Köln gemeinsam Klage gegen die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung eingereicht, nachdem diese Festbeträge für ACE-Hemmer festgelegt haben, also erstmals auch für eine Arzneimittelgruppe, die ausschließlich Arzneimittel mit *patentgeschützten Wirkstoffen* enthält. Mit den Festbeträgen bestimmen die Krankenkassen eine Erstattungshöchstgrenze, so daß ein Teil der betroffenen Arzneimittel nicht mehr zum gegenwärtigen Marktpreis erstattet wird.

Der Patentschutz, der dem Hersteller grundsätzlich das Recht einräumt, seine Innovation wirtschaftlich zu nutzen, werde, so die betroffenen Firmen, durch die beschlossene Festbetragsfest-

setzung „dramatisch ausgehöhlt“. Die bisherigen Erfahrungen mit Festbeträgen zeigten deutlich, daß Hersteller ihre Preise auf diesen Grenzbetrag senken müßten, um ihr Produkt marktfähig halten zu können. Wenn aber durch Festbeträge für patentgeschützte Arzneimittel kein Verlaß mehr auf die wirtschaftliche Nutzung des Patentes bestehe, seien die hohen Investitionen für Arzneimittelforschung und -entwicklung aus unternehmerischer Sicht nicht mehr zu rechtfertigen.

Die Hersteller berufen sich in ihrer Klage auf das Sozialgesetzbuch V, das patentgeschützte Arzneimittel von der Festbetragsregelung ausnimmt, wenn ihre Wirkungsweise neuartig ist und sie eine therapeutische Verbesserung bedeuten. Genau dies treffe auf ACE-Hemmer zu, die ein neuartiges Wirkprinzip zur Behandlung des Bluthochdrucks und der Herzmuskelschwäche bildeten und eine therapeutische Verbesserung darstellen, so die Firmen. EB

Forschungsverbund „Public Health“

BERLIN. Auf Initiative der Technischen Universität Berlin ist kürzlich ein Forschungsverbund Gesundheitswissenschaften („Public Health“) geschaffen und ein Ergänzungsstudiengang Gesundheitswissenschaften an der Hochschule eingerichtet worden. Berlins Wissenschaftssenator Prof. Dr. Manfred Erhardt dankte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) dafür, daß die Bundesregierung den Berliner Forschungsverbund mit rund 14 Millionen DM unterstützt. Aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft fließt ein Betrag von weiteren drei Millionen DM in das Berliner Vorhaben. Die Schwerpunkte des Studienganges „Gesundheitsförderung in der Gemeinde und am Arbeitsplatz“ sowie „Planung und Manage-

ment im Gesundheitswesen“ werden nach Erhardts Überzeugung Studenten befähigen, auf der Grundlage breiten gesundheitswissenschaftlichen Basiswissens in ihrem künftigen Berufsfeld multidisziplinär zusammenzuarbeiten.

Der Wissenschaftssenator betonte, daß es sowohl im Forschungsverbund als auch im Ergänzungsstudiengang zwischen der Technischen Universität, der Freien und der Humboldt-Universität zu einer Kooperation gekommen sei und in diese Zusammenarbeit die Medizin einbezogen worden sei. Nach einem Zwischengutachten über das Vorhaben wird Ende 1993 entschieden, welche eigenen Projekte das Land Berlin initiieren kann, in welchem Umfang Forschungsprojekte durch andere Träger übernommen werden – und wie diese Träger ausgestattet werden müßten. WZ

Ausland

Streik gegen Privatisierung

LISSABON. Die portugiesische Regierung plant eine radikale Reform des Gesundheitswesens. Bisher existiert ein staatlicher Gesundheitsdienst, der eher schlecht als recht funktioniert. An seine Stelle soll eine vom Staat mitfinanzierte private Krankenversicherung treten. Zwar gibt es auch jetzt schon private Krankenhäuser, aber es soll auch ein Teil der jetzt staatlichen Anstalten privatisiert werden; die jetzt kostenlose Betreuung in den staatlichen Spitälern wird dann vom Patienten oder seiner Versicherung bezahlt werden.

Portugals Ärzte sind mehrheitlich gegen eine solche Reform und haben bereits mit einem zwei Tage dauernden Streik reagiert – Notdienste blieben unberührt. Der Hauptgrund ist der, daß den meisten Ärzten ihr jetziger Status des Staats-

angestellten gefährdet zu sein scheint. Zur Zeit arbeiten viele Ärzte jeweils zeitweilig als Angestellte und privat; wer aber einen Vollzeit-Vertrag beim Staat hat, bekommt einen beträchtlichen Gehaltszuschlag. Daß Reformen erforderlich sind, ist allerdings auch bei den Ärzten unumstritten. bt

„Rotwein ist gesund“

WASHINGTON. Die US-amerikanische Behörde, die für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen zuständig ist, hat zugestimmt, daß auf den Etiketten von Rotweinen ein Gesundheitshinweis eingefügt werden darf: Rotwein reduziere die Gefahr von Herzerkrankungen. Verbraucherorganisationen haben vergeblich dagegen protestiert, weil nach ihrer Meinung diese Behauptung nicht erwiesen sei. In Kalifornien müssen entweder auf den Etiketten oder im Bereich der Verkaufsstellen allerdings auch Warnhinweise angebracht sein, die Frauen vor der Gefahr der Alkoholembryopathie warnen. bt

Irak: Einigung über Hilfsaktion der Vereinten Nationen

BAGDAD. Der Irak hat sich mit den Vereinten Nationen auf einen neuen Plan für humanitäre Hilfsleistungen der UNO in Höhe von 180 Millionen Dollar geeinigt. Die Hilfsaktionen sollen bis zum kommenden März im ganzen Land, „mit Schwerpunkt in den von den Kurden kontrollierten Gebieten des Nordens“ einsetzen, wie der stellvertretende UN-Abteilungsleiter für humanitäre Fragen, Schaukat Farid, in Bagdad nach Gesprächen mit der irakischen Regierung mitteilte. Am selben Tag nahm die bislang umfangreichste Mission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Waffenvernichtung im Irak ihre Arbeit auf. afp



Im vergangenen Jahr stand einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 4 416 DM durch die beruflich noch aktiven Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung ein Bezug von Versicherungsleistungen in Höhe von 3 207 DM gegenüber. Die Rentner hingegen brauchen umgekehrt altersbedingt hohe Leistungen der Versicherung, zu deren Deckung ihr Krankenversicherungsbeitrag nicht ausreicht. □